Stadt Oberhausen	**11.03.2013 15:00 Uhr**	**Haupt- und Finanzausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**

28. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Anwesende

Herr Oberbürgermeister Klaus Wehling

Frau Bürgermeisterin Elia Albrecht-Mainz
Herr Bürgermeister Klaus-Dieter Broß

Herr Wolfgang Große Brömer MdL
Frau Beatriks Brands
Herr Karl-Heinz Emmerich
Herr Horst Wolter — für Frau Anne Janßen
Herr Dieter Janßen
Frau Angelika Jäntsch
Herr Karl-Heinz Pflugbeil
Herr Dirk Vöpel

Herr Daniel Schranz
Herr Christian Benter
Herr Thomas Gäng
Herr Hermann-Josef Schepers — für Frau Christa Müthing
Herr Werner Nakot

Frau Regina Wittmann
Herr Peter Plew

Herr Yusuf Karacelik

Herr Hans-Otto Runkler

Herr Dirk Paasch [beratendes Mitglied]

Verwaltung

Herr Dezernent Jürgen Schmidt	Dezernat 0
Herr Beig. Apostolos Tsalastras	Dezernat 1
Herr Beig. Frank Motschull	Dezernat 2
Herr Beig. Reinhard Frind	Dezernat 3
Frau Beig. Sabine Lauxen	Dezernat 4
Frau Britta Costecki	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Thomas Willeke	Bereich 9-5
Herr Michael Pfitzner	Bereich 9-5
Herr Uwe Bonsack	Bereich 0-1
Herr Dr. Magnus Dellwig	Bereich 0-1
Frau Stefanie Wensing	Bereich 0-1
Frau Christiane Henkel-Stuhr	Bereich 0-1
Herr Wilhelm Weibels	Bereich 4-1
Herr Rainer Suhr	Bereich 9-7
Herr Ralf Katernberg	Bereich 1-1
Frau Maike Korbmacher	Bereich 1-1

Stadt Oberhausen	**11.03.2013 15:00 Uhr**	**Haupt- und Finanzausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**

28. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Frau Andrea Stöhr		Bereich 1-1
Herr Dietmar Ingenerf		Bereich 2-5
Herr Klaus Hußmann		Bereich 1-3
Frau Jutta Bach	als Schriftführerin	Bereich 0-1

außerdem

Herr Heiko Blumenthal	Fraktionsgeschäftsführer	SPD-Fraktion
Herr Hannes Fritsche	Fraktionsgeschäftsführer	CDU-Fraktion
Herr Armin Röpell	Fraktionsgeschäftsführer	Fraktion DIE GRÜNEN
Frau Regina Boos	Fraktionsgeschäftsführerin	FPD-Fraktion
Herr Michael Hake		Linke.Liste-Fraktion
Herr Immanuel Schuler		FDP-Fraktion
Herr Yusuf Giraz		Integrationsrat
Vertreter/-innen der Medien		

Entschuldigt

Herr Peter Beig. Klunk	Dezernat 5

Formelle Feststellungen und Hinweise durch OB Wehling

OB Wehling eröffnet die 28. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüßt alle sehr herzlich, darunter den Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Giraz. Die Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Medien sind noch nicht anwesend.

Er stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Einladung zur Sitzung ist form- und fristgerecht am 01.03.2013 versandt worden.

Nachgereicht wurden am 05.03.2013 folgende Drucksachen:

> TOP I/2.5 Produktbereich 15 Wirtschaft und Tourismus hier: Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, Drucksache Nr. M/15/-2659-01
>
> TOP II/1.1 Beteiligungsmanagement hier: Statusbericht, Drucksache Nr. M/15/2657-01
>
> TOP II/1.2 STEAG hier: Aktueller Sachstand zur STEAG, Drucksache Nr. M/15/2658-01

Zum TOP Berichte aus den Dezernaten (mündlich) liegt für den öffentlichen Teil folgender Berichtswunsch durch Dezernat 1 vor:

Vorläufiger Jahresabschluss 2012

Zum TOP Sachstand Stadtentwicklungsprojekte gibt es keine neuen Sachstände.

Stadtv. Paasch beantragt, die für den nichtöffentlichen Teil unter TOP 1.2 vorgesehene Drucksache M/15/2658-01 / STEAG hier: aktueller Sachstand öffentlich zu behandeln. Die Vorlage enthält nach seiner Auffassung keine Angelegenheiten, die das Erfordernis der nichtöffentlichen Beratung begründen.

Herr Willecke begründet die Entscheidung für die Nichtöffentlichkeit der Drucksache damit, dass der Jahresabschluss noch nicht bestätigt worden ist. Darüber hinaus spricht nichts dagegen, die Drucksache öffentlich zu behandeln.

OB Wehling weist darauf hin, dass nunmehr die Berichtsvorlage unter TOP 3.3 im öffentlichen Teil zur Kenntnis zu nehmen ist.

Weitere Anmerkungen oder Einwendungen zur Tagesordnung werden nicht erhoben.
Zwischenzeitlich sind die Vertreter der Medien eingetroffen, die an dieser Stelle durch OB Wehling herzlich begrüßt werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht **OB Wehling** aus aktuellem Anlass darauf aufmerksam, dass aufgrund eines Versehens 10 Ratsmitgliedern die Einladung für die Ratssitzung am kommenden Montag, den 18.03.2013 nicht postalisch zugestellt werden konnte. Die Etikettenaufkleber haben sich gelöst. Da nicht nachvollzogen werden konnte, wer keine Einladung erhalten hat, wird diese heute allen Ratsmitgliedern erneut übermittelt. Er bittet, das Versehen und die damit verbundene verspätete Versendung nachzusehen.

OB Wehling stellt das Einverständnis des Ausschusses fest.

Stadt Oberhausen	**11.03.2013 15:00 Uhr**	**Haupt- und Finanzausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
28. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses **Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen**		

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1 Bestimmung des Ausschussmitgliedes für die Berichterstattung im Rat

2 Berichte der Verwaltung

2.1 4. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gemäß § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2012.
Vorlage: M/15/2660-01

2.2 Übersicht der geleisteten Aufwendungen für die OGM GmbH im Haushaltsjahr 2012.
Vorlage: M/15/2664-01

2.3 Fortbildung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Oberhausen
Vorlage: M/15/2635-01

2.4 Ausgleich der geleisteten Mehrarbeit beim Bereich 6-1 / Feuerwehr für die Jahre 2011 - 2013
Vorlage: M/15/2667-01

2.5 Produktbereich 15 Wirtschaft und Tourismus
hier: Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
Vorlage: M/15/2659-01

2.6 Erfahrungsbericht zur Einrichtung des Büros für Chancengleichheit im Sommer 2011
Vorlage: M/15/2578-01

2.7 Berichte aus den Dezernaten (mündlich)

2.7.1 Vorläufiger Jahresabschluss 2012

2.8 Sachstand Stadtentwicklungsprojekte

3 Vorberatungen

3.1 Haushaltssanierungsplan 2012 ff., Maßnahme 115 "Konzeption zur Neugestaltung der Sportstättenlandschaft" (Sportstättenkonzeption)
Vorlage: B/15/2617-01

3.2 WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO)
hier: Beteiligung an der european centre for creative economy GmbH (ecce)
Vorlage: B/15/2625-01

4 Bericht der Verwaltung

4.1 STEAG
hier: Aktueller Sachstand zur STEAG
Vorlage: M/15/2658-01

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Bestimmung des Ausschussmitgliedes für die Berichterstattung im Rat

Für die Berichterstattung im Rat wird Stadtv. Pléw bestimmt.

2. Berichte der Verwaltung

2.1. 4. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gemäß § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2012. Vorlage: M/15/2660-01

OB Wehling merkt an, dass der größte Teil dieser Drucksache in unmittelbarem Zusammenhang mit der nachfolgenden Drucksache Nr. M/15/2664-01 / Übersicht der geleisteten Aufwendungen für die OGM GmbH im Haushaltsjahr 2012 unter TOP 2.2 steht.

Stadtkämmerer Tsalastras verweist auf die letzte Sitzung des HFA. Bereits in dieser Sitzung gab es eine große Anzahl von überplanmäßigen (üpl.) Ausgaben, die sich durch die Auflösung der Deckungsringe ergeben haben. Daraus resultierte der Vorschlag, nach Abarbeitung der üpl. Ausgaben eine Darstellung aller Gesamtausgaben, die im Jahr 2012 an die OGM geflossen sind, zu erstellen. Aus der Vorlage unter TOP 2.2 ist ersichtlich, dass die geplanten Gesamtaufwendungen in Gegenüberstellung mit der Rechnungslegung zum Jahresende insgesamt eine Einsparung ausweisen. Aufgrund der bisherigen Abrechnungssystematik sowie der pauschalen Vorab-Kürzungen ist damit zu rechnen, dass es im Geschäftsjahr 2013 ähnliche üpl. Ausgaben geben wird. Für das Geschäftjahr 2014 ist vorgesehen, die Planungen möglichst exakt vorzunehmen und dadurch die Anzahl der üpl. Ausgaben zu minimieren. Stadtkämmerer Tsalastras stellt mit Verweis auf die Vorlage in der nächste Ausgabe fest, dass die Mehrausgaben in einzelnen Bereichen durch Minderausgaben in anderen Bereichen gedeckt sind.

Stadtv. Schranz bezeichnet die Liste als außergewöhnlich, denn sie enthält allein 8 Positionen im Produktbereich Sport mit insgesamt 682.200 € üpl. und apl. Ausgaben. Er hinterfragt, ob es sich dabei vorsichtig ausgedrückt um eine unzureichende Planung handelt, oder um ein Kommunikationsproblem zwischen dem Bereich 1-1 und den betroffenen Bereichen der Verwaltung. Ferner kritisiert er, dass bei 7 von 8 Positionen im Produktbereich Sportförderung üpl. Bedarfe zwischen 95.000 € und 99.000 € entstanden sein sollen. Ab einer Summe von 100.000 € liegt die Zuständigkeit beim Rat. Er sieht darin den Versuch, das Budgetrecht des Rates zu umgehen.

Nach der Auffassung von **Stadtv. Große Brömer** würde sich mit einer anderen Vorlage an der Gesamtsituation nichts ändern. Das Problem bleibt das Gleiche. Daran sollte gearbeitet werden. Er begrüßt ausdrücklich als Ergänzung zur Drucksache Nr. M/15/2660-01 die Darstellung in der nächsten Vorlage (TOP 2.2). Daraus wird deutlich, dass den üpl. und apl. Ausgaben zum Teil erhebliche Einsparungen (siehe Energiemanagement) gegenüber stehen. Für ihn besteht das Problem in der derzeit praktizierten Form der Berichterstattung. Diese ist für die Mitglieder des Rates als Kontrolleure des Haushalts weder transparent noch in den Erläuterungen nachvollziehbar.

Notwendig ist daher, die Entwicklung einer für alle verständlichen Berichterstattung herbeizuführen und auf eine intensivere Kommunikation zwischen den einzelnen Verwaltungsbereichen hinzuwirken. Ein Kostenbewusstsein kann in den einzelnen Bereichen nicht entstehen, wenn erst am Ende des Jahres deutlich wird, dass mehr Geld benötigt wird, als ursprünglich geplant war.

Stadtv. Runkler zeigt sich erstaunt darüber, dass die Summe der nicht unbeträchtlichen Einsparungen fast exakt der Summe der Mehraufwendungen entspricht. Bei 84 Mio. € Umsatz verbleibt gerade mal ein Betrag von 252.000 € als Haushaltsentlastung. In den Mehraufwendungen sind die 2,6 Mio. € für das Bäderwesen enthalten. Dieser Betrag wurde seitens der Verwaltung kritisiert und unterliegt der Prüfung durch die OGM. Dennoch wurde der Betrag aus Liquiditätsgründen seinerzeit an die OGM überwiesen. Ihn interessiert der augenblickliche Stand des Verfahrens. Er fragt nach, ob zwischenzeitlich geklärt werden konnte, wie viel Geld an die Stadt zurückfließen wird.

Stadtkämmerer Tsalastras kann durchaus nachvollziehen, dass den Stadtverordneten die Transparenz bei der Berichterstattung fehlt. Allerdings war beabsichtigt, gerade durch die Auflösung der Deckungsringe Transparenz herzustellen. Leider wurde erst am Ende des Jahres eine Aufteilung der Kosten produktbezogen vorgenommen. Wenn im nächsten Jahr die Einheitspreise auf die einzelnen Produkte aufgeteilt werden, wird es eine ähnliche Problematik geben. Die Bereiche müssen im Laufe dieses Jahres ihre Planung für 2014 erstellen. Aufgrund fehlender Erfahrungswerte wird auch hier eine exakte Planung nicht möglich ein. Dennoch wird die Verwaltung sich bemühen, genauer zu planen, als das in der Vergangenheit geschehen ist. Nach Auflösung der Deckungsringe soll für die Bereiche spätestens im nächsten Jahr die Möglichkeit gegeben sein, auf anfallende Kosten direkter einzuwirken.

Beig. Motschull teilt mit, dass beim Bäderwesen voraussichtlich mit einer Einsparung von 1 Mio. € gerechnet werden kann.

Herr Ingenerf erläutert die Schwierigkeiten, die durch die Auflösung des Deckungsrings zu den üpl. Ausgaben führten. Insbesondere ergaben sich Probleme daraus, da das Zahlenmaterial des Vorjahres zugrunde gelegt wurde.

Stadtv. Schranz kann von Transparenz nicht viel erkennen. Er fragt sich, wie diese hergestellt werden soll, wenn zu wenig Kenntnis im Hause bei den Bereichen vorhanden ist und das Kommunikationsproblem zwischen dem Bereich 1-1 und der restlichen Verwaltung nicht gelöst wird. Hier liegt ein grundsätzliches Problem, das es zu lösen gilt.
Nicht einverstanden ist er mit der Verfahrensweise der Verwaltung, den Rat zu umgehen, indem Beträge knapp unter der 100.000 € Grenze bei der Beantragung von üpl. Ausgaben eingesetzt werden, über die der Kämmerer entscheiden kann.

Stadtv. Große Brömer kann die Aussage von Stadtkämmerer Tsalastras nachvollziehen, wenn er sagt, dass sich durch die Auflösung der Deckungsringe erstmals erkennen lässt, welcher Bereich wie viel (mehr) verbraucht hat. Nicht dargestellt wird, wo weniger ausgegeben worden ist. Dass weniger ausgegeben worden ist, kann der zweiten Vorlage entnommen werden, nicht aber der Auflistung der üpl. Ausgaben. Sein Anspruch an NKF ist, mit der Aufstellung des Haushaltsplans zu wissen, wie viel ist für den einzelnen Bereich aus welchem Betrag für welche Aufgabe vorgesehen und was ist am Ende des Jahres tatsächlich verbraucht worden.

OB Wehling weist darauf hin, dass die Anregungen und Bedenken, die geäußert wurden, im Verwaltungsvorstand thematisiert werden. Über die Art der Darstellung wird es dann intensive Gespräche geben.

Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2.2. Übersicht der geleisteten Aufwendungen für die OGM GmbH im Haushaltsjahr 2012.
Vorlage: M/15/2664-01

Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2.3. Fortbildung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Oberhausen
Vorlage: M/15/2635-01

Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2.4. Ausgleich der geleisteten Mehrarbeit beim Bereich 6-1 / Feuerwehr für die Jahre 2011 - 2013
Vorlage: M/15/2667-01

Stadtv. Schranz interessiert, warum die Verwaltung dem Rat im März 2013 Informationen über einen im Mai 2012 abgeschlossenen Vergleich zukommen lassen möchte. In Zeile 6 ist zu lesen, dass Ansprüche aus dem Zeitraum 2004 bis 2006 „weitestgehend abgegolten“ wurden. Er fragt, was damit gemeint ist. Wie viele Einzelfälle könnte es geben, bei denen es zu einem Rechtsstreit kommt und lohnt es sich, einen Rechtsstreit einzugehen?
In Zeile 7 ist das Volumen mit 1,75 Mio. € beziffert. Die Frage ist, wie viel Prozent bzw. welche Anteile wurden vereinbart und was ist unter den Tisch gefallen. Für die Jahre 2011 und 2012 sind erhebliche Überstunden verbucht worden. Seine Frage ist, ob dafür Rückstellungen gebildet wurden?

Beig. Motschull informiert, dass im Mai 2012 die ersten Gespräche mit den Interessenvertretern der Feuerwehr stattgefunden haben. Die letzten Vergleiche konnten nun im März 2013 abgeschlossen werden. Von möglichen 243 Verfahren konnten 239 durch Vergleiche beendet werden. Mit den Feuerwehleuten wurde eine Einigung auf den Zeitraum 2004 bis 2006 erzielt. Als Orientierungshilfe diente unter anderem ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von Juli 2012, das diesen Weg aufgezeigt hat. Bezüglich der Summen wurde die jeweils im Jahr 2004 bis 2006 gültige Mehrarbeitsvergütung zu Grunde gelegt. Dabei wurden bereits vorgenommene Zahlungen abgezogen. Von der verbleibenden Summe wurden 85 % zu Grunde gelegt. Im Schnitt waren daraufhin etwa 10.000 € bis 15.000 € pro Feuerwehrbeamter auszuzahlen. Berücksichtigung fanden auch Auszahlungen von Ansprüchen an Ausgeschiedene und von bereits verstorbenen Mitarbeitern der Feuerwehr an ihre Erbinnen und Erben. Zurzeit ist eine Klage anhängig. Der Kläger möchte eine 100 %ige Vergütung (anstatt 85 %) auch für den Zeitraum 2001 bis 2003 erreichen. Zwei zwischenzeitlich bei der Stadt Oberhausen ausgeschiedene Beamte haben anwaltliche Vertretungen. Mit ihnen gibt es anwaltliche Korrespondenz.

Dez. Schmidt ergänzt, dass sich die Beträge, die für die Jahre 2011 und 2012 anfallen, aus den Auswertungen der Wachbücher ergeben. Das führt zur Auszahlung eines Betrages von 450.000 € zum Ende des ersten Quartals 2013 und ist ein weiterer Bestandteil des Vergleichs. Der Vergleich sieht weiter vor, dass die Überstunden, die 2013 anfallen, schrittweise abgegolten werden. Eine üpl. Ausgabe wurde bewusst dem Rat nicht vorgeschlagen, da die Entwicklung im Personalkostenetat insgesamt einer näheren Betrachtung bedarf. Nach der Sommerpause wird es eine Vorlage geben, die alle Veränderungen, die bis dahin stattgefunden haben, berücksichtigen wird.

Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2.5. Produktbereich 15 Wirtschaft und Tourismus
hier: Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
Vorlage: M/15/2659-01

Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2.6. Erfahrungsbericht zur Einrichtung des Büros für Chancengleichheit im Sommer 2011
Vorlage: M/15/2578-01

Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2.7. Berichte aus den Dezernaten (mündlich)

2.7.1. Vorläufiger Jahresabschluss 2012

Stadtkämmerer Tsalastras erläutert, dass der heutige Bericht darauf basiert, der Bezirksregierung zu bestimmten Fristen (hier: 15.04.2013) Controllingunterlagen, zu denen auch der Jahresabschluss gehört, zur Verfügung zu stellen. Da der Rat erst nach diesem Datum tagen wird, war es ihm ein Anliegen, gegenüber dem HFA über das vorläufige Jahresergebnis mündlich zu berichten. Dieses beträgt -52,7 Mio. € und bedeutet gegenüber dem Planbudget von -60,3 Mio. € eine Verbesserung von 7,6 Mio. €. Als Gründe sind rund 20 Mio. € höhere Einkommenssteuer- und Gewerbesteuereinnahmen zu nennen. Im Gegenzug gab es Mehraufwendungen bei den Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger, beim Abgang von Sachanlagevermögen, beim Kanalvermögen in der Unterhaltung durch die WBO, in der Jugendhilfe und bei der Einstellung von Einzelwertberichtigungen. Am Ende des Jahres 2012 konnte mithin eine Verbesserung von 7,6 Mio. € erzielt werden.

Haupt- und Finanzausschuss nimmt den mündlichen Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2.8. Sachstand Stadtentwicklungsprojekte

Es gibt keine neuen Sachstände.

3. Vorberatungen

3.1. Haushaltssanierungsplan 2012 ff., Maßnahme 115 "Konzeption zur Neugestaltung der Sportstättenlandschaft" (Sportstättenkonzeption)
Vorlage: B/15/2617-01

Haupt- und Finanzausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache Nr. B/15/2617-01 gegen die Stimme der Linke.Liste-Fraktion mit großer Mehrheit vorberaten.

3.2. WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO)
hier: Beteiligung an der european centre for creative economy GmbH (ecce)
Vorlage: B/15/2625-01

Stadtv. Schranz regt an, den Beschluss um folgenden Vorschlag zu ergänzen:

„Ein Jahr nach Eingehen der Beteiligung der WFO GmbH an der ecce GmbH wird ein Erfahrungsbericht eingeholt und dem HFA zur Kenntnis gegeben."

OB Wehling stellt Zustimmung fest.

Haupt- und Finanzausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache Nr. B/15/2625-01 gegen die Stimme der Linke.Liste-Fraktion mit großer Mehrheit vorberaten.

4. Bericht der Verwaltung

4.1. STEAG
hier: Aktueller Sachstand zur STEAG
Vorlage: M/15/2658-01

OB Wehling macht darauf aufmerksam, dass die ursprünglich für den nichtöffentlichen Teil unter TOP 1.2 vorgesehene Drucksache nun an dieser Stelle im öffentlichen Teil behandelt wird.

Stadtv. Paasch kritisiert fehlende Informationen und Transparenz. Er hat sich eine Einschätzung der EVO gewünscht, denn es gibt noch eine Menge nicht ausgeräumter Probleme (Änderung der Rahmenbedingungen für Gas- und Dampfkraftwerke, das Verhältnis Arbeitsplätze/Schließung des Kraftwerks in Lünen, nicht zustande gekommener Vertrag mit RWE etc.). Nach Darstellung der problematischen Beispiele wünscht er sich für eine der nächsten Ratssitzungen einen ausführlicheren Bericht, der Positives wie auch anstehende Probleme offen darstellt.

OB Wehling weist darauf hin, dass sicherlich nicht alle Probleme öffentlich bekannt gegeben werden können, denn die Aufsichtsräte tagen nichtöffentlich. Allerdings ist vorgesehen, dass die Öffentlichkeitsarbeit seitens der STEAG verbessert werden soll. Der nächste Bericht für den HFA und Rat wird etwas umfangreicher sein, wobei die Fernwärme perspektivisch mit aufgenommen werden sollte.

Stadtv. Große Brömer macht darauf aufmerksam, dass im Statusbericht der städt. Beteiligungen keine indirekten Beteiligungen wie beispielsweise die STEAG enthalten sind. Er regt an, diese zukünftig in einer Informationsform mit zu berücksichtigen, die dem Anliegen des Stadtv. Paasch entspricht.

Stadtv. Gäng verweist auf die schwierige Situation auf den Energiemärkten und fragt nach, ob bei der STEAG eine Abschreibung erforderlich gewesen ist im Hinblick auf die Beteiligung der KSBG an der STEAG.

OB Wehling ist der Auffassung, dass sich dazu keine Notwendigkeit ergeben hat. Er wird die konkrete Beantwortung der Frage veranlassen.
Was die indirekten Beteiligungen anbelangt, so wird die Anregung aufgegriffen, dass diese zukünftig Gegenstand des Beteiligungsberichtes werden. Geklärt werden müsste noch, ab welcher Größenordnung sie aufgenommen werden sollen.

Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Nachrichtlich wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass nach Mitteilung des Bereichs 9-5 eine Abwertung der Beteiligung der KSBG an der STEAG für das Geschäftsjahr 2012 nicht erfolgt ist. Demnach hat auch die EVO keinen Anlass den Beteiligungsansatz an der KSBG in ihrem Jahresabschluss zu korrigieren.

Ende des öffentlichen Teils: 15:57 Uhr

Oberbürgermeister Schriftführerin